

Pressemitteilung

LHG lehnt „Hochschulmaut“ ab

Der Bundesvorstand der Liberalen Hochschulgruppen (LHG) kritisiert das Konzept der Studiengebühren für ausländische Studierende, die sogenannte „Hochschulmaut“.

Berlin, 11.06.2017. Das Konzept von Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten in einer Höhe von 1.500€ pro Semester, das angeblich für eine bessere Finanzierung der Hochschulen sorgen soll, wird vom LHG deutlich kritisiert.

"In Baden-Württemberg und nun auch in Nordrhein-Westfalen wird Symbolpolitik betrieben", so der Bundesvorsitzende Johannes Dallheimer, "und das zu Lasten der ausländischen Studierenden. Die Hochschulen, die auf ein international attraktives und solide ausfinanziertes Hochschulwesen gehofft hatten, werden sich bedanken." Statt dieser Exklusivbeiträge für wenige fordert der LHG nachgelagerte Sozialbeiträge für alle Studierenden. Diese einkommensgerechten Beiträge sollen direkt in das Hochschulwesen zurückfließen. Als umgekehrter Generationenvertrag würde dieses Modell gerade diejenigen entlasten, die kein Studium angetreten haben, durch ihre Steuern aber das Studium anderer mitbezahlen müssen.

Auch über die Begründung für eine Hochschulmaut zeigt sich Dallheimer verärgert: "Natürlich steigt die Reputation und die Qualität der Hochschule für ausländische Studierende nicht, wenn das Studium mehr kostet. Stattdessen müssen nun ebenjene noch während des Studiums dieses Geld aufbringen und werden dabei im eigentlichen Studium behindert. Kosten dürfen nicht von Bildung abhalten - das sollte eigentlich Grundkonsens sein!"

(1550 Zeichen)

Bundesverband Liberaler
Hochschulgruppen

Reinhardtstraße 14
10117 Berlin

Fon +49 30 28389421
Fax +49 30 28389425

E-Mail kontakt@bundes-lhg.de
www.liberale-hochschulgruppen.de

Paavo Czwikla
Stellv. Vorsitzender für Presse und
Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail czwikla@bundes-lhg.de
Mobil +49 176 2724467

11. Juni 2017